

UNABHÄNGIGE FRAUEN FREIBURG (UFF)



GRUNDSATZPROGRAMM DER
UNABHÄNGIGEN FRAUEN FREIBURG
FÜR DIE GEMEINDERATSPERIODE
2014 BIS 2019

Inhalt

Präambel: Unabhängige Frauen Freiburg – Selbstverständnis und Ziele3

**Politische Schwerpunkte, Positionen und Forderungen der
Unabhängigen Frauen Freiburg für die Gemeinderatsperiode 2014 – 20195**

1. Mehr Chancengleichheit im Arbeitsleben5
2. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf:
Betreuungs- und Bildungsangebote7
3. Wertschätzung von Betreuungs-, Erziehungs-, Pflege-, Care-Arbeit10
4. Passgenaue Hilfen und Selbstbestimmung für Frauen in Notlagen11
5. Leben und Wohnen in Freiburg aus Frauenperspektive12
6. Gesellschaftliche Teilhabe und offene Stadt für Alle14

Präambel:

Unabhängige Frauen Freiburg – Selbstverständnis und Ziele

Demokratie lebt von der aktiven und ausgewogenen Mitwirkung von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen. **Das Kernanliegen der Unabhängigen Frauen Freiburg (UFF) ist die angemessene Repräsentierung von Frauen in kommunalen Entscheidungsgremien und die konsequente Berücksichtigung frauenspezifischer Lebenslagen in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen.** Bei einem Frauenanteil von 53 Prozent in der Freiburger Stadtbevölkerung aber lediglich 16 Stadträtinnen (von insgesamt 48) im aktuellen Gemeinderat ist dieses Ziel weit entfernt. Wir stellen uns daher nach nunmehr 20-jähriger Gemeinderatsarbeit erneut als **reine Frauenliste** zur Wahl, um den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit zu geben, mit ihren Stimmen gezielt die Repräsentanz von Frauen und Frauenthemen im Gemeinderat zu erhöhen.

Die Kommunalpolitik sehen wir als entscheidende Ebene für eine **geschlechtergerechte Politik**, da auf keiner Ebene die konkreten Lebensbedingungen stärker und unmittelbarer gestaltet werden. **Die Freiburger Kommunalpolitik braucht uns Frauen als Expertinnen in eigener Sache!** Ob es um die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit, Karriereplanung, Ehrenamt, Stadtplanung oder Freizeitinteressen geht – wir Frauen betrachten unser Lebensumfeld aus unseren eigenen vielfältigen Erfahrungen heraus. Entsprechend können wir selbst am besten entscheiden, wie unsere Wünsche und Interessen in die Stadtpolitik Eingang finden sollen.

Unserer kommunalpolitischen Tätigkeit liegen folgende **Ansprüche und Zielsetzungen** zugrunde:

- **Wir machen Frauenpolitik ohne Kompromisse!** Bei uns stehen die frauenspezifischen Belange bei jedem Thema an erster Stelle. Dies unterscheidet uns von anderen Parteien und Listen, bei denen frauenrelevante Standpunkte und Positionen zwangsläufig durch innerfraktionelle Kompromisse an Kontur verlieren oder ganz unter den Tisch fallen.
- **Wir machen Politik für alle Frauen!** Mit diesem Anspruch berücksichtigen wir die gesamte Vielfalt der sozialen, familiären, beruflichen, biografischen und finanziellen Lebenssituationen, in denen Frauen in Freiburg leben. Wir vertreten gleichermaßen Mütter in Partnerschaften wie Alleinerziehende, Frauen ohne Kinder, erwerbstätige wie arbeitsuchende oder nicht erwerbstätige Frauen, Mädchen und weibliche Jugendliche genauso wie Frauen an den Hochschulen, zugewanderte Freiburgerinnen, erwachsene und ältere Frauen bis hin zu Frauen in Pflege. Einen Schwerpunkt unseres politischen Handelns setzen wir dabei für Mädchen und Frauen in finanziellen und sozialen Notlagen, für deren wirksame Unterstützung wir uns in besonderer Weise stark machen.
- **Wir sind kompetent bei allen frauenrelevanten Themen!** Die gleichberechtigte Repräsentierung von Frauen in kommunalpolitischen Entscheidungsgremien ist für uns der zentrale Ansatzpunkt für eine kompetente und angemessene Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit und Perspektive von Frauen. Als **parteiunabhängige Liste** laden wir gezielt die breite Vielfalt von Frauen unterschiedlichster Lebenslagen zur Mitarbeit ein und entwickeln mit diesen „Expertinnen in eigener Sache“ kompetent sachgerechte Positionen zur Bandbreite frauenrelevanter Themen. In spezifischen Sachfragen suchen wir darüber hinaus den

Austausch und die Diskussion mit Expertinnen und Praktikerinnen aus den entsprechenden Sachgebieten.

- **Wir agieren unabhängig!** Die Unabhängigen Frauen sind keine Partei! Für die konsequente Vertretung und Durchsetzung einer wirkungsvollen Politik für Frauen benötigen wir unsere parteipolitische Unabhängigkeit gleichermaßen für die Formulierung sachgerechter Positionen als auch für flexible Kooperationen. Bei übereinstimmenden Zielsetzungen streben wir eine überfraktionelle Zusammenarbeit zur Durchsetzung unserer Anliegen an. Bei aus unserer Sicht nicht vertretbaren Vorhaben anderer Parteien setzen wir darauf, durch eine fundierte Kritik in Gemeinderat und Öffentlichkeit auf strukturelle und inhaltliche Schwachstellen aufmerksam zu machen und auf entsprechende Korrekturen hinzuwirken. Durch die bewährte und weiter angestrebte Fraktionsgemeinschaft mit den anderen unabhängigen Listen sichern wir uns die mit dem Fraktionsstatus verbundenen Einflussmöglichkeiten, ohne unsere Positionen zu verwässern.
- **Wir machen Politik für die ganze Stadt!** Unser Anspruch ist – als Ausgleich zum nach wie vor männlich geprägten Gemeinderat und der männlich dominierten Verwaltungsleitung – nachdrücklich Partei für Frauen zu ergreifen. Wir verstehen uns dabei aber weder als Wahlliste mit eingeschränktem Themenspektrum noch als Liste, die Politik ausschließlich mit und für Frauen macht – auch wenn diese die Mehrheit der Freiburger Bevölkerung stellen. Die Berücksichtigung der verschiedenen Lebenserfahrungen und Lebenswahrnehmungen von Frauen und Männern und das Eintreten für eine geschlechtergerechte Stadt führen nach unserer Überzeugung zu einer generell besseren Qualität kommunalpolitischer Entscheidungen.
- **Wir setzen uns für Gleichstellung und Chancengleichheit ein!** Frauen sind noch immer vielen Lebensbereichen benachteiligt – bei Entscheidungspositionen, Beschäftigung und Einkommen. Die Mehrheit an Frauen in vorwiegend geringer bezahlten und weniger prestigeträchtigen Berufen, im Niedriglohnsektor und bei Minijobs, entsprechende Einkommensnachteile oder die sog. „Gläserne Decke“ – all dies sind strukturelle Problemlagen, die lange bekannt sind und leider noch immer nichts an Aktualität eingebüßt haben. Bedingt durch familiäre Verpflichtungen und die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergibt sich in der Regel eine niedrigere Erwerbsbeteiligung der Frauen. Dies hat Konsequenzen im Lebensverlauf und wirkt sich negativ auf die ökonomische Unabhängigkeit bis hin zur dauerhaften Armutsgefährdung aus. Wir Unabhängigen Frauen Freiburg setzen uns **gegen Benachteiligungen und für geschlechtsgleiche Bedingungen** wie gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein. Überall da, wo veraltete Rollenbilder die Gleichstellung in der Praxis behindern, kann gerade Kommunalpolitik mit konkreten Maßnahmen Ungleichheiten beseitigen und Diskriminierung gezielt verhindern. **Wir haben deshalb den Anstoß geben, dass der Gemeinderat die EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnet hat.** Wir werden die Umsetzung entsprechender Aktionspläne, die Verifizierung der Ziele und deren Evaluierung gleichermaßen aktiv forcieren wie kritisch beobachten.



Politische Schwerpunkte, Positionen und Forderungen der Unabhängigen Frauen Freiburg für die Gemeinderatsperiode 2014 bis 2019

1. Mehr Chancengleichheit im Arbeitsleben

Der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied von bundesweit 21%, der geringe Anteil von Frauen in Führungspositionen und der Anteil der Frauen von 60% an allen Minijobs in Freiburg¹ zeigen, dass die Arbeitswelt noch weit von einer geschlechtsspezifischen Chancengleichheit entfernt ist. Entsprechend liegt auch das Armutsrisiko von Frauen in Baden-Württemberg über alle Altersgruppen hinweg höher als bei Männern.² Wesentliche Gründe für die anhaltende faktische Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt sind keineswegs vermeintliche Qualifikationsdefizite oder mangelnde Kompetenzen von Frauen, sondern eine anhaltende einseitige Orientierung der Arbeitswelt an männlich geprägten „Normalarbeitsbiografien“ und das Nachwirken vormaliger expliziter arbeitsrechtlicher Diskriminierungen von Frauen. Besorgnis erregend ist zudem die Entwicklung spezifischer frauentypischer Branchen und Tätigkeiten etwa im Bereich der Erziehung, Betreuung oder Pflege, bei denen trotz der hohen gesellschaftlichen Bedeutung sowohl die Entlohnung als auch die Anerkennung unterdurchschnittlich sind.

Ja zu Quote! Schon viel zu lange haben wir Frauen auf freiwillige Vereinbarungen zur Frauenförderung gebaut. Die Realität zeigt, dass wir immer noch meilenweit den Versprechungen hinterher hinken und dass Appelle und freiwillige Verpflichtungen nicht den gewünschten Erfolg erbringen, schon gar nicht kurzfristig. Damit sich schneller etwas ändert, damit wir fehlende Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten aufholen und nicht die fortdauernde Benachteiligung von Frauen zementieren wollen, brauchen wir die Quote.

Unsere konkreten Programmpunkte im Bereich der Chancengleichheit in der Arbeitswelt sind:

- **Vorbildfunktion der Stadtverwaltung für berufliche Chancengleichheit**
Ein wichtiger Beitrag für die Verbesserung der Chancengleichheit kann und muss von der Kommune geleistet werden. Wir sehen die Stadt Freiburg zum einen in der Verantwortung, in ihrem unmittelbaren Einflussbereich als Arbeitgeberin die berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern konsequent zu verwirklichen. Als demokratisch legitimierte Vertreterin der Freiburgerinnen und Freiburger steht die Stadt hierzu nicht nur in einer selbstverständlichen Pflicht, sondern kann auch nur so eine glaubwürdige Vorbildfunktion und Vorreiterrolle gegenüber den ortsansässigen Unternehmen einnehmen. Zum anderen fordern wir die Stadt auf, ihre bisherigen frauenspezifischen Aktivitäten im Bereich der Arbeitsförderung, -beratung und -vermittlung, bei Qualifizierung und Weiterbildung sowie Frauenförderprogrammen weiterzuentwickeln und zu intensivieren.
- **Verbindliche Frauenquote in städtischen Führungspositionen**
Die städtischen Gesellschaften und Ämter sollen sich selbst zu einer verbindlichen Frauenquote von 50 Prozent in Führungs- und Leitungspositionen mit einem klaren Zeithorizont von maximal 10 Jahren verpflichten. Über die Umsetzung, die getroffenen Personalentwicklungsmaßnahmen und die Fortschritte soll in regelmäßigen

¹ <http://www.boeckler.de/apps/atypischebeschaeftigung/>

² Landesamt für Statistik Baden-Württemberg, <http://www.lfrbw.de/wp-content/uploads/2013/08/RB-2-2012-klein.pdf>

Abständen informiert werden.

- **Mehr Männer in Frauenberufe wie Erziehung und Pflege**
Wir fordern die Stadt auf, innerhalb ihres Einflussbereichs als Arbeitgeberin oder Aufsichtsbehörde auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in den bisher überwiegend von Frauen ausgeübten Erziehungs- und Pflegeberufen hinzuwirken. Hierzu sind auf Grundlage einer verbindlichen quantitativen Zielsetzung Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, wie mehr Männer insbesondere für die Tätigkeit in Kindertagesstätten gewonnen werden können. Bei nicht-städtischen Einrichtungen soll die Erfüllung einer Männerquote als finanzierungsrelevantes Qualitätskriterium definiert werden.
- **Konsequentes „Diversity Management“ und interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften**
Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt als Arbeitgeberin der Vielfalt der Freiburger Bevölkerung hinsichtlich Geschlecht, kulturellem Hintergrund, Alter, sexueller Orientierung und gesundheitlicher Einschränkungen gerecht wird. Hierzu gehört neben der geschlechtssensiblen Personalpolitik und der Offenheit für nicht-traditionelle Erwerbsbiografien insbesondere eine konsequente interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung als Arbeitgeberin. Ein konsequentes Diversity Management ist nicht nur selbstverständliche Aufgabe, sondern wirkt sich zudem positiv auf die Qualität der Arbeit und Leistungserbringung einer Stadtverwaltung aus.
- **Wege bereiten zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse**
Eine besondere Verantwortung der Stadt sehen wir darin, qualifizierte Arbeitsplätze für Migrantinnen und Migranten, die gegenwärtig häufig in nichtqualifizierten und schlecht bezahlten Tätigkeiten arbeiten, durch die (Unterstützung der) Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zugänglich zu machen. Hierzu soll die Stadtverwaltung mit der Kontaktstelle Frau und Beruf und der FWTM in Zusammenarbeit mit Partnerinnen wie der IHK, der Handwerkskammer oder dem Jobcenter verbindliche Verfahren zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen klären und entsprechende Beratungs- und Kursangebote einrichten.
- **Weiterentwicklung und bedarfsgerechte Intensivierung frauenspezifischer Arbeitsberatung**
Aufgrund geschlechtsspezifischer Erwerbsverläufe mit familienbedingten Auszeiten und/oder Teilzeitphasen stellen der berufliche Wiedereinstieg, die Weiterentwicklung und die Neuorientierung für Frauen jeweils besondere Herausforderungen dar. Durch passgenaue Beratungs-, Coaching- und Qualifizierungsangebote können und sollen Frauen hierbei wirksam unterstützt werden. Die Stadt Freiburg beteiligt sich unter anderem durch die Kontaktstelle Frau und Beruf an entsprechenden Angeboten, deren Ressourcen und Angebotsspektrum dem Bedarf allerdings gegenwärtig nicht gerecht werden. Wir setzen uns daher für eine nachhaltige Finanzierung, die Weiterentwicklung und Ausweitung dieser frauenspezifischen Angebote ein.
- **Spezifische Beratung Alleinerziehender**
Für Alleinerziehende ist eine qualifizierte Erwerbstätigkeit in aller Regel die Voraussetzung, finanziell selbständig und ohne Hartz IV-Transferleistungen ihre Familie zu ernähren. Aufgrund ihrer allein zu bewältigenden Doppelbelastung durch Familien- und Erwerbsarbeit stellt eine qualifizierte Berufstätigkeit eine erhebliche Herausforderung mit besonderen Hürden. Eine wirksame Unterstützung ist

insbesondere bei Wiedereinstieg durch eine kompetente persönliche Beratung möglich, die sowohl die individuelle Situation und Ressourcen der Alleinerziehenden berücksichtigt als auch mit den lokalen Kinderbetreuungsangeboten und dem Arbeitsmarkt vertraut ist und fallspezifisch zwischen diesen Bereichen vermitteln kann. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechende in Freiburg bereits erfolgreich erprobte Modellprojekte wie „Perspektive Plus – Sprungbrett für Alleinerziehende“ und „HARFE Hilfenetz für Alleinerziehende“, deren Bundesförderung ausgelaufen ist, von der Stadt als Regelangebot etabliert werden. Dadurch unterstützt die Stadt nicht nur die wirtschaftliche Selbständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe Alleinerziehender, sondern vermeidet gleichzeitig Sozialausgaben im städtischen Haushalt, die für andere soziale Zwecke eingesetzt werden können.

▪ **Möglichkeiten zur Teilzeit-Ausbildung fördern**

Eine gute berufliche Ausbildung ist die Voraussetzung für die Realisierung beruflicher Selbstverwirklichung und für die nachhaltige Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Frauen, die in einer frühen Lebensphase Kinder bekommen, bleiben berufliche Chancen nicht selten dauerhaft verwehrt. Obwohl die Möglichkeit zu einer Teilzeitberufsausbildung bereits 2005 bundesweit im Berufsbildungsgesetz (§ 8 BBiG/§ 27 HwO) geregelt worden ist, sind die tatsächlichen Angebote an Ausbildungsberufen noch sehr gering. Wesentliche Gründe sind bestehende Informationsdefizite und die mangelnde Sensibilisierung bei Ausbildungsbetrieben, den Kammern und den Frauen selbst. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt eine Impuls gebende, informierende, moderierende und koordinierende Funktion zwischen Ausbildungsbetrieben, Kammern, Berufsschulen, Jobcentern und Bildungsträgern bei Abstimmungsprozessen zur Entwicklung und konkreten Ausgestaltung von Teilzeitausbildungsgängen übernimmt.

2. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Betreuungs- und Bildungsangebote

Geeignete kommunale Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Voraussetzung dafür, dass Frauen selbstbestimmt ihre beruflichen Lebensentwürfe verwirklichen können, die wirtschaftliche Stabilität ihrer Familien insbesondere als alleinerziehende Familienernährerinnen sichern können. Sie tragen gleichermaßen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der regionalen Wirtschaft bei. Notwendig sind hierfür in erster Linie:

Betreuungs- Bildungs- und Förderangebote für Kinder vom Kleinkind- bis ins Schulalter – in ausreichender Zahl, gut erreichbar und bezahlbar: Diese Angebote müssen zeitlich gleichermaßen an den Wünschen der Mütter und Väter als auch an den Realitäten der heutigen Arbeitswelt ausgerichtet sein. Dieser Punkt betrifft aber auch die angemessene Bezahlung und grundsätzliche Wertschätzung der Erziehungs- und Pflegekräfte, die überwiegend Frauen sind.

Gute Qualität der Betreuungs- und Bildungsangebote: Kleine Kita-Gruppen und Schulklassen, sog. inklusive Betreuung und Beschulung wie auch die Förderung von Mehrsprachigkeit bis hin zu interkulturellem Personal – all dies ist für die optimale Förderung der Kinder und die Garantie von Chancengleichheit für Kinder aus Familien mit unterschiedlichen Ressourcen notwendig. Sie bilden gleichermaßen die grundlegende

Voraussetzung, dass die Angebote guten Gewissens und vertrauensvoll in Anspruch genommen werden können.

Ein besonders drängendes Betreuungsdefizit besteht in Freiburg gegenwärtig bei dem erst in Ansätzen vorhandenen Angebot an **Ganztagsgrundschulen** und der Betreuung während der Ferienzeiten. Hier sehen wir die Stadt in ihrer Funktion als Schulträgerin in der Pflicht, über die fraglos unzureichende Landesförderung hinaus in eigener Initiative einen **massiv beschleunigten Ausbau qualitätsvoller Schulkind-Angebote** vorzunehmen.

Ein bedarfsgerechter Ausbau öffentlicher Betreuungs- und Bildungsangebote ist aus unserer Sicht nicht zuletzt erforderlich, um einer zunehmend stattfindenden **sozialen Segregation** ab dem Kleinkindalter vorzubeugen. Die vermehrte Nutzung privater Betreuungsangebote und Schulen, die ein bedarfsgerechteres Betreuungsangebot bieten, was sich allerdings ausschließlich finanzstarke Familien leisten können, führt zu ungleichen Bildungschancen und schwächt den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Stadt.

Unsere konkreten Programmpunkte im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Betreuungs- und Bildungsangebote sind:

- **Bedarfsgerechte Ausweitung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten**
Die gegenwärtigen Standard-Öffnungszeiten in den öffentlichen Freiburger Kindertagesstätten ermöglichen nur eingeschränkt eine wirkliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Öffnungszeiten passen nur unzureichend zur gegenwärtigen Arbeitswelt: 28 % der Frauen in Deutschland arbeiten regelmäßig an Samstagen, 25 % regelmäßig abends. Betroffen sind häufig unterdurchschnittlich entlohnte Tätigkeiten im Handel, der Gastronomie oder dem Gesundheitswesen. Für Berufspendlerinnen lohnen sich die Arbeitswege im Verhältnis zur verbleibenden Arbeitszeit kaum. Insbesondere Mütter, die nicht auf die Unterstützung eines Partners oder ihres Familien- oder Freundschaftsnetzwerks zurückgreifen können, müssen ihre Berufstätigkeit über das selbst gewünschte Maß einschränken und geraten im Alltag zwangsläufig in Zeitnot. Wir setzen uns dafür ein, dass in städtischen Kindertagesstätten und öffentlich finanzierten Einrichtungen Konzepte und Maßnahmen für bedarfsgerecht erweiterte Öffnungszeiten entwickelt werden – selbstverständlich im Einklang mit dem Wohl der Kinder. Da die atypischen Arbeitszeiten auch unterdurchschnittlich entlohnte Tätigkeiten betreffen, setzen wir uns für bezahlbare oder ggf. kostenfreie erweiterte Betreuungszeiten ein.
- **Verlässliche und frühzeitige Zusagen für Betreuungsplätze in Kitas, Horten und Schulen**
Ein beruflicher Wiedereinstieg nach einer Familienphase erfordert Planungssicherheit. Mütter – wie auch Arbeitgeber – benötigen frühzeitige und verbindliche Zusagen, dass die benötigten Betreuungsplätze zum gewünschten Zeitpunkt verlässlich zur Verfügung stehen. Nur eine **zentrale und transparente Platzvergabe** ist für Mütter und Eltern zumutbar und verlässlich. Ab Frühjahr 2014 wird aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses (G-13/141) in Freiburg ein Zentrales Vormerkverfahren für Plätze in Kindertageseinrichtungen eingeführt – wir fordern gleiches für Horte und Nachmittagsbetreuung an den Grundschulen! Eine Evaluation ist bislang nicht vorgesehen. Wir setzen uns für eine sorgfältige Prüfung der Auswirkungen und Verbesserungen dieses neuen Vergabeverfahrens aus der Sicht der betroffenen

Mütter und Eltern ein und werden, sofern notwendig, auf Weiterentwicklungen und Überarbeitungen hinwirken.

- **Massive Beschleunigung des Ganztags schul-Ausbaus**

Das vollkommen unzureichende Ganztagsbetreuungsangebot an Schulen zwingt Mütter und Eltern in Freiburg, ihre Erwerbstätigkeit auch dann noch erheblich einzuschränken, wenn ihre Kinder längst dem Kleinkindalter entwachsen sind. Flächendeckende Ganztagsgrundschulen werden nach gegenwärtigem Gemeinderatsbeschluss – eine Schule je Doppelhaushalt – erst im Jahre 2050 zu einem bedarfsgerechten Betreuungs- und Bildungsangebot führen! Wir setzen uns daher vehement für eine massiv beschleunigte, bedarfsgerechte Ausweitung der Angebote ein. Hierfür sind erhebliche finanzielle Mehraufwendungen unumgänglich. Parallel fordern wir die Stadtverwaltung auf, Konzepte zu entwickeln, wie unter Mitwirkung von Sportvereinen, Kultureinrichtungen, Elterninitiativen und weiteren Partnern passgenaue verlässliche Angebote als weniger kostenintensive Ergänzung für die Schulkindbetreuung geschaffen werden können.

- **Vergabe von Ganztags schul- und Betreuungsplätzen unabhängig von der aktuellen Erwerbssituation**

Die Zusage für Ganztagsbetreuungsplätze ist in Freiburg gegenwärtig an die aktuelle Erwerbssituation und den Erwerbsumfang der Eltern bei Antragstellung geknüpft. Diese Restriktion verdeutlicht den erheblichen Mangel an Ganztags schulplätzen. Wir setzen uns dafür ein, die Platzvergabe unabhängig von der aktuellen Erwerbssituation durchzuführen. Damit erhalten auch Mütter, die einen umfassenden Wiedereinstieg erst beabsichtigen oder ganz konkret die Zusage für die Ganztags schul zum Antritt ihrer Stelle benötigen, die gleichen Chancen auf einen Platz im gewünschten bzw. benötigten Betreuungsumfang. Letztlich gelöst werden kann der Mangel aber nur durch eine massive Ausweitung der Ganztags schul-Angebote. Vor allem für Kinder, die mit einer anderen als der deutschen Muttersprache aufwachsen und für Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern ist eine intensive Förderung wichtig.

- **Beratungs- und Unterstützungsservice für Eltern-initiativen**

Ein Teil der Defizite in der Freiburger Betreuungsinfrastruktur wird gegenwärtig durch das hohe Engagement von Elterninitiativen kompensiert. Wir begrüßen dieses Engagement nachdrücklich und setzen uns dafür ein, dass engagierte Eltern von der Stadtverwaltung stärker als bislang unterstützt werden. Hierfür fordern wir die Einrichtung einer Servicestelle in der Stadtverwaltung zur Information und Unterstützung der Elterninitiativen. Sie soll als erste Ansprechperson für Eltern dienen, über Vorschriften und Genehmigungen informieren, die Initiativen bei Anträgen unterstützen sowie als Behördenlotse und Interessensvertretung der Elterninitiativen innerhalb der Stadtverwaltung fungieren.

- **Ferienbetreuung**

Nach wie vor stellen die Schulferien erwerbstätige Mütter und Väter vor besondere Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Trotz erfreulich vielfältiger und qualitativ hochwertiger Angebote Freiburger Sport- und Kulturvereine, Jugendeinrichtungen sowie einzelner Schulen ist eine verlässliche Betreuung derzeit nicht gewährleistet. Aufgrund der Vielfalt der Angebote ist eine Übersicht nicht nur für die Eltern, sondern auch für die Stadt nicht ohne weiteres möglich. Wir setzen uns daher dafür ein, sowohl die Angebote als auch den Bedarf systematisch nach Geschlecht, Alter und Wohnquartieren zu erheben, Lücken und Defizite im Angebot

sichtbar zu machen und diese wo nötig durch städtische oder städtisch initiierte Angebote zu schließen.

3. Wertschätzung von Betreuungs-, Erziehungs-, Pflege-, Care-Arbeit

Wir setzen uns ein für die Frauenperspektive in allen die Familien betreffenden Fragen von der Erziehungs- und Pflegearbeit in der Familie bis zur Bildung und Betreuung in öffentlichen Einrichtungen und fordern entsprechend bedarfsgerechte Betreuungsangebote in allen Stadtteilen. Die Betreuungsangebote müssen bezahlbar sein, aber es bedarf ebenso der angemessenen Bezahlung der Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen und Pflegerinnen.

Insbesondere die würdige und wunschgemäße Pflege älterer Menschen wird aufgrund des demografischen Wandels zu einem der zentralen gesellschaftlichen Themen der kommenden Jahrzehnte. Bislang ist das Thema durch das Fehlen tragfähiger, nachhaltiger Konzepte und häufig durch eine Verdrängung in der politischen und öffentlichen Diskussion gekennzeichnet – ohne Zweifel auch deswegen, weil die größten Belastungen und Probleme der ungelösten Pflegefrage in allererster Linie Frauen betreffen:

- 72 % der Personen in Freiburger Pflegeheimen – bekanntermaßen die am wenigsten gewünschte Pflegeform – sind Frauen³;
- 85 % des Personals in ambulanter und stationärer Pflege in Deutschland sind Frauen, die typischerweise hohem Zeitdruck ausgesetzt sind und gemessen an ihrer Leistung schlecht bezahlt werden⁴;
- Frauen stellen auch die große Mehrheit der pflegenden Angehörigen;
- Frauen stellen ebenfalls die große Mehrheit der ausländischen, zumeist osteuropäischen, temporären häuslichen Pflegekräfte, die mittlerweile eine wichtige Stütze unseres Pflegesystems bilden, aber politisch und gesellschaftlich ignoriert werden.

Auch wenn zur Verbesserung der Situation in der Pflege zu einem großen Teil der Bund und das Land in der Verantwortung stehen, können und müssen entscheidende Bedingungen auf kommunaler Ebene gestaltet werden. Wir fordern:

- **Unterstützungs- und Pflegekonzepte für Frauen im Alter**
Altersheime sind passé, Senior/innen-Wohnanlagen hingegen rar und teuer, ins Pflegeheim will erst, wer keine tragfähige Alternative hat. Dabei existieren mittlerweile – wenn auch lange nicht in ausreichender Zahl – geeignete neue Wohn- und Pflegemodelle wie etwa Senior/innen-Wohngemeinschaften oder Demenz-Wohngruppen. Diese Modelle haben angesichts der Wohnraumknappheit und der Immobilienpreise in Freiburg ohne eine kommunale Unterstützung kaum eine Chance zur Etablierung. Wir setzen uns daher für die gezielte Förderung und Unterstützung neuer Wohnangebote im Alter und für preiswerte betreute Wohnanlagen ein. Wir fordern aber auch den Ausbau von Pflegestützpunkten in den Stadtteilen zur Beratung und Vernetzung mit den bestehenden Begegnungsstätten und der Gemeinwesenarbeit.
- **Entlastung pflegender Angehöriger**
Die Pflege von Angehörigen führt für die Pflegepersonen – häufig Frauen! – zu erheblichen physischen, psychischen wie auch zeitlichen Belastungen, wodurch die Gefahr einer sozialen Isolation und einer abnehmenden gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe verstärkt wird. Wir setzen uns für die Förderung von öffentlichen

³ Pflegestatistik und Pflegebedarfsprognose für Freiburg (2012 – 2030)

⁴ Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2011

und ehrenamtlichen Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige ein, konkret für den Aufbau von Besuchsdiensten und Kurzzeitpflegeangeboten, die den Pflegepersonen dringend benötigte „Zeitinseln“ zur eigenen und freien Gestaltung und zur Regeneration ermöglichen.

- **Kultursensible Pflegedienste**
Interkulturelle Kompetenz der Pflegekräfte ebenso wie von Senior/innen-Begegnungsstätten in den Stadtteilen sollten insbesondere für ältere Menschen in einer multikulturellen Gesellschaft selbstverständlich sein.
- **Anerkennungskultur ausländischer häuslicher Pflegekräfte**
Privat eingestellte häusliche Pflegekräfte (zumeist weiblich!) sind aus unserem Pflegesystem nicht mehr wegzudenken – eine entsprechende Anerkennung bleibt ihnen allerdings versagt. Wir setzen uns ein für eine Anerkennungskultur dieser Pflegekräfte, z.B. im Rahmen von Empfängen, Willkommens-Paketen und Einladungen zu Kulturveranstaltungen. Hierdurch soll zum einen die gesellschaftliche Leistung der Pflegekräfte sichtbar gemacht werden. Die Einladung zur Vernetzungs- und Qualifizierungstreffen z.B. in Form von Stammtischen beugt zudem der sozialen Isolation während der Aufenthalte vor. Sie können durch die gegenseitige Informations- und Bestätigungsmöglichkeiten auch einen wirksamen Schutz vor einer möglichen Ausbeutung darstellen

4. Passgenaue Hilfen und Selbstbestimmung für Frauen in Notlagen

Nicht nur bei der Art, sondern auch bei den Ursachen sozialer und persönlicher Notlagen bestehen zwischen Frauen und Männern typische Unterschiede. Ebenso unterscheiden sich die Ressourcen zur Bewältigung von Notsituationen erheblich. Ein wirksames Hilfe- und Beratungsangebot muss daher notwendigerweise geschlechtersensibel gestaltet sein. Dies betrifft gleichermaßen den Bereich **weibliche Armut**, der in aller Regel geschlechtsspezifische Ursachenkomplexe und Strukturen zugrunde liegen, wie auch das Thema **Missbrauch und Gewalt** gegen Frauen und Mädchen sowie den Komplex **Suchtabhängigkeiten**. Wir setzen uns daher für die nachhaltige Finanzierung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung eines geschlechtersensiblen kommunalen Präventions-, Beratungs- und Hilfeangebots ein. Wir fordern Beratung und Hilfe für alle Frauen und deren Familien, auch und insbesondere für Migrantinnen, die in prekären Verhältnissen leben müssen, insbesondere: **mehr sozialer Wohnungsbau, Soforthilfe bei Wohnungslosigkeit, Sozialtarife bei der VAG und der Badenova sowie in öffentlichen und kulturellen Einrichtungen**. Wir fordern zudem einen qualifizierten Pool von **Gesundheitsdolmetscher/innen** als Mittlerinnen zwischen Ärzt/innen und Patient/innen.

Darüber beziehen sich unsere konkreten kommunalpolitischen Programmpunkte auf:

- **Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Kinder**
- **Erhalt und bedarfsgerechte Finanzierung von Beratungs- und Präventionsstellen gegen Gewalt und Missbrauch**
- **Ausbau gendersensibler Beratungsstellen und Hilfesysteme für Frauen in Armut und Wohnungslosigkeit**

- **Gendersensible Beratung in der Suchthilfe**
Eine wirksame Suchtberatung und -prävention muss notwendigerweise konsequent geschlechtssensibel ausgerichtet sein. Geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen bei den Ursachen bzw. Entstehungszusammenhängen der Sucht, dem Verlauf von Suchterkrankungen, der Art der konsumierten Suchtmittel und Substanzen, den Gebrauchs- und Missbrauchsmustern, physiologischen Reaktionen auf Suchtmittel, der öffentlichen Stigmatisierung der Sucht bis hin zur Finanzierung der Sucht und den Ausstiegsmustern und -motiven. Suchtmittelabhängige Frauen haben zudem häufiger in ihrer Biografie sexualisierte Gewalt, Komorbidität oder Prostitution erfahren, wodurch gesundheitliche Risiken deutlich erhöht sind. Wir setzen uns daher für die konsequente Umsetzung geschlechtssensibler Beratungsangebote und des Gender Mainstreaming in der kommunalen Suchtprävention und -hilfe ein.
- **Schutz und Selbstbestimmung für Sexarbeiterinnen** Beratung und Unterstützung in Berufs- und Ausstiegsproblemen, Erarbeitung eines Sicherheitskonzepts für Prostituierte, kontinuierliche Beratungen des „Runden Tisch Prostitution“.

5. Leben und Wohnen in Freiburg aus Frauenperspektive

Unbestritten ist das **Wohnraumproblem in Freiburg** eine der größten Herausforderungen der Stadt. Immer mehr Familien sind gezwungen umzuziehen, weil ihr Einkommen bei den hohen Mieten- und Immobilienpreisen nicht mehr ausreicht. Die City oder innenstadtnahe Wohnviertel können sich viele nicht mehr leisten, die soziale Mischung in der Stadt und den Quartieren ist mehr und mehr in Gefahr. Die **Wohnungsnot trifft insbesondere Frauen und Familien** mit niedrigen und mittleren Einkommen, vor allem wenn, wie in Freiburg, die Menschen über 40% ihrer verfügbaren Einkommen für das Grundrecht Wohnen aufbringen müssen. Alleinerziehende sind von der Wohnungsknappheit zumeist besonders betroffen, da sie als Frauen in der Regel weniger verdienen, gleichzeitig für die Betreuung und die Existenz der Kinder zu sorgen haben und auf funktionierende Netzwerke angewiesen sind.

Dazu kommt, dass wir dem Thema Wohnen, Baukultur und Stadtentwicklung **ein notwendig gendersensibles Gesicht** geben wollen. Gut und günstig bauen muss auch unter geschlechtergerechten Kriterien realisierbar sein! Die Infrastruktur der Stadt und der Stadtteile muss auf die Lebenswirklichkeit von Frauen ausgerichtet werden, solange vorwiegend sie den Familienalltag organisieren und mit ihrer Berufstätigkeit vereinbaren müssen. Wir wollen eine Stadt, in der sich Frauen wohlfühlen!

Unsere konkreten Programmpunkte im Bereich Leben und Wohnen sind:

- **Erhalt preiswerten Wohnraums und Verlängerung von Belegungsbindungen über die FSB hinaus**
Explodierende Mieten bringen viele Haushalte – mittlerweile auch „Normalverdiener“ – in finanzielle Bedrängnis. Neben dem Anspruch, bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum in Freiburg zu schaffen, fordern wir deshalb insbesondere bestehenden preisgünstigen Wohnraum zu erhalten und Bestandsmieten per Gemeinderatsbeschluss zu sichern. Wir plädieren nachdrücklich für eine langfristige Verlängerung der Mietpreis- und Belegungsbindungen für alle aus der Bindung laufenden Sozialmietwohnungen. Hier sehen wir eine deutliche Schwachstelle im

„Kommunales Handlungsprogramm Wohnen“ (KHPW), wo eine kurzfristige Verlängerung lediglich für die im Bestand der Freiburger Stadtbau (FSB) angesiedelten Belegungsbindungen beschlossen wurde. Auch die im KHPW beschlossene Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen gilt bislang nur für den Wohnungsbestand der FSB. Erhalt und Neubildung von Belegungsrechten müssen auch in den Beständen genossenschaftlicher und privater Wohnbaugesellschaften möglich sein!

- **Ausgeglichener sozialer Mix in allen Quartieren**

Überall da, wo Mieten steigen oder Stadtteile im Umbruch sind, müssen einkommensschwache Menschen ihr Quartier verlassen oder werden gleich ganz aus der Stadt gedrängt. Beispielsweise ziehen aus dem Stadtteil Rieselfeld zahlreiche Bewohner/innen weg, weil sie die Mieten nach Wegfall der Belegungsbindungen und des gestiegenen Mietspiegels nicht mehr bezahlen können. Wir fordern Maßnahmen, um die soziale Mischung in der Stadt und den Stadtteilen zu erhalten und – da wo nötig – zu verbessern, um der Verdrängung von Menschen, insbesondere Frauen und Familien, mit geringeren Einkommen entgegenzuwirken. Konkret setzen wir uns ein für Erhaltungssatzungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter „Westlich der Merzhauser Straße“, im Sedanquartier und in Haslach. Auch der weiteren Konzentration von sozialem Wohnungsbau, da wo er sich schon immer bündelt, in Haslach, in Weingarten und in der Beurbarung, treten wir entgegen und fordern subventionierte Grundstücke für Sozialwohnungsbau in den „bürgerlichen Vierteln“ der Stadt. Dies dient auch der Durchmischung in Kitas, Grundschulen, Jugendzentren und den sozialen Einrichtungen in den Stadtteilen.

- **Verbot der Zweckentfremdung**

Angesichts der Wohnungsnot machen wir uns für ein Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum stark. Die Umsetzung und Kontrolle der im Januar 2014 beschlossenen Satzung muss endlich die beobachtbare Entwicklung verhindern, wonach bestehender Wohnraum, insbesondere in der Innenstadt, heutzutage vermehrt „lukrativer“ vermietet wird, etwa als Ferienwohnungen, Büros und Ähnliches.

- **Veräußerung städtischer Grundstücke an Baugruppen, Genossenschaften, Miethäusersyndikat o.ä. Initiativen**

Wir setzen uns dafür ein, dass die Vergabe städtischer Grundstücke abhängig gemacht wird von einer sozialverträglichen Höhe des zukünftigen Mietpreises, um so Grundstücks- und Wohnungsspekulation auszuschließen. Ein niedriger Mietpreis kann nur erzielt werden, wenn künftige Mieterinnen und Mieter selbst innovative und kluge Lösungen von Bauweisen entwickeln können. Das schnelle Bauträgergeschäft führt ins Gegenteil.

- **Konsequente Stadtplanung aus Frauensicht**

Freiburg muss für Frauen und Männer eine attraktive Stadt sein. Um dieses Ziel zu erreichen, muss Chancengleichheit für Frauen und Männer auch bei der räumlichen Planung gewährleistet sein. Dies gilt für die gleichberechtigte Zugänglichkeit öffentlicher Räume ebenso wie für die prinzipielle Mitsprache bei Planung, Gestaltbarkeit und Stadt-(teil-)entwicklung. Bezahlbarer Wohnraum, eine lebenswerte Innenstadt, lebenswerte Quartiere mit einer guten sozialen Infrastruktur, mit familien- und kinderfreundlicher Architektur, kurze Wege und ein gut getakteter ÖPNV, kulturelle Angebote für alle Altersgruppen und sozialen Schichten – das sind Forderungen an eine attraktive Stadt (nicht nur) für Frauen. Obwohl Frauen von

räumlichen Planungen oft stärker betroffen sind als Männer, da sie häufig einen vielfältigeren Alltag mit Erwerbs- und Familienarbeit zu bewältigen haben, nehmen Frauen als Planungsbetroffene, aber auch als Fachfrauen, in Freiburg kaum entsprechenden Einfluss auf das Planungsgeschehen. Noch immer werden wesentliche Entscheidungen über die räumliche Entwicklung zum großen Teil von Männern getroffen, noch immer werden geschlechterspezifische Rahmenbedingungen und Rollenerwartungen ungenügend einbezogen. Dringenden Bedarf sehen wir deshalb bei der Beteiligung von Frauen an den Planungs- und Entscheidungsprozessen, zum einen durch eine frühzeitige bürgerschaftliche Partizipation von (künftigen) Bewohnerinnen bei Planungsprozessen, etwa im Wohnungsbau oder in den Stadtteilen, und zum anderen hinsichtlich der gleichberechtigten Mitwirkung von Architektinnen, Planerinnen, Bauträgerinnen und Bauunternehmerinnen. Grundsätzlich fordern wir die konsequente Anwendung und Durchsetzung entsprechender Gender-Expertisen, wie sie beispielsweise die Architektinnen von „FrauenSTEP“ entwickelt haben und treten für geschlechtergerecht quotierte städtische Wettbewerbskommissionen und Jurys ein.

- **Sicherheit für Frauen**

Wir setzen uns für die konsequente Vermeidung von Angsträumen ein und unterstützen ein entsprechendes Beteiligungskonzept von Frauen und Fraueninitiativen sowie systematische Begehungen in allen Stadtteilen, um deren unsichere Umgebung wie etwa an Haltestellen, Radwegen, schwer einsehbaren Wegen/Plätzen oder Parkanlagen auf Gefahrenpotenziale zu überprüfen und sicherer zu gestalten.

- **Wohnprojekte für Frauen**

Die UFF unterstützen alternative, innovative Wohnkonzepte und Lebensformen und fordern die Stadt auf, diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu fördern, namentlich durch die Ausweisung, Vergabe und Subvention von Grundstücken und durch zielgruppen- und projektbezogene Beteiligungsverfahren. Dies gilt insbesondere für solche Projekte, die sich in der einen oder anderen Weise explizit auf Frauen beziehen, sei es, dass sie Wohnraum schaffen, in dem Frauen neue oder alternative Formen des Zusammenlebens erproben können (z.B. sozial-integrative, sozial-inklusive oder Mehrgenerationen-Projekte, Studentinnenwohnheim...), sei es, dass sie auf eine am Wohnungsmarkt besonders diskriminierte Gruppe von Frauen fokussieren (z.B. auf allein erziehende Frauen oder wohnungslose Frauen).

- **Wohnungen für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen stadtwweit**

Ein Leben über viele Jahre auf 4,5 qm/Person im Flüchtlingswohnheim ist menschenunwürdig. Wir setzen uns ein für Wohnungen stadtwweit für Flüchtlinge, für niederschwellige und kulturspezifische Bildungsangebote für Frauen, Männer und Kinder, um ein Verständnis für und die Integration ins neue Lebensumfeld zu erleichtern und für die kommunale Förderung von raschen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, Sprachkursen etc. um das Bleiberecht zu erleichtern.

6. Gesellschaftliche Teilhabe und offene Stadt für Alle

Wir treten dafür ein, dass Freiburg eine offene und inklusive, eine frauenfreundliche, eine kulturelle, eine interkulturelle, eine sozialere und damit eine in jeder Hinsicht nachhaltige Stadt wird. Das setzt voraus, dass alle Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen

Leben in der Stadt und ihren Angeboten an Bildung, Kultur, Sport und Sozialem teilhaben können.

Wir setzen uns ein:

- für eine Stadt, die **Vielfalt als Bereicherung** versteht, Flüchtlinge willkommen heißt und ihnen hilft, ein neues würdiges Leben in der Fremde aufzubauen;
- für das **Kommunalwahlrecht aller** Freiburgerinnen und Freiburger gleich welcher Herkunft (Staatsangehörigkeit);
- für die Information und **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** bei allen für sie und ihre Stadt wichtigen Vorhaben im Vorfeld der Stadtplanung. Weitreichende städtebauliche oder finanzielle Entscheidungen sollen in eine Bürgerbefragung oder auch einen Bürgerentscheid münden, wenn Kontroversen bestehen und diese im Vorfeld nicht auszuräumen sind;
- für den Bestand und die Fortentwicklung der kulturellen und insbesondere **interkulturellen Angebote** in der Stadt zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses;
- für eine **generationenfreundliche, barrierefreie Innenstadt für Jung und Alt**. Wir sind gegen eine penetrante Kommerzialisierung des öffentlichen Raums und gegen einen Kommunalen Ordnungsdienst. Wir setzen auf alle Maßnahmen, die **gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis für die unterschiedlichen Interessen** fördern.
- für **geschlechtergerechte Nutzungskonzepte** städtischer und städtisch geförderter Institutionen und Angebote (z.B. Jugendzentren und Begegnungsstätten, Sportplätze und -stadien, Kultur- und Bildungseinrichtungen). Wir fordern die Berücksichtigung von Gender-Aspekten in allen öffentlich geförderten Kulturprojekten und die konsequente Umsetzung des Kulturkonzepts.
- für **lebendige Stadtteile mit guter Infrastruktur**. Zur Stärkung und Förderung nachbarschaftlichen Zusammenlebens fordern wir einen flächendeckenden und qualitativen Ausbau der Quartiersarbeit, des Projekts „FrauenStärken in den Quartieren“, der Kinder- und Jugendarbeit und von Stadtteil- und Mütterzentren als Anlauf- und Begegnungsstätten. Wichtig sind uns auch Generationen verbindende Sport-, Spiel-, Bewegungs- und Begegnungsplätze in jedem Stadtteil, ebenso wie niederschwellige Bildungs- und Kulturangebote für alle Bewohnerinnen.
- für eine Stadt, die **demokratische Werte** schützt und sich **klar gegen Sexismus, Rassismus und Neofaschismus** positioniert.



Freiburg, im Februar 2014